

Wilfried Schmitz

Plädoyer für eine menschliche Medizin und Rechtspflege

Mein Plädoyer im Strafverfahren gegen den Arzt Heinrich-Karl Werner Habig vor dem Landgericht Bochum am 27.6.2023

Plädoyer für eine menschliche Medizin und Rechtspflege

**Das Plädoyer im Strafverfahren gegen den Arzt Heinrich-Karl Werner
Habig vor dem Landgericht Bochum am 27.6.2023**

von Rechtsanwalt Wilfried Schmitz

Copyright © 2023

Umschlaggestaltung: Wilfried Schmitz

Verlag:
tredition GmbH
Halenreihe 40-44
22359 Hamburg

Softcover: 978-3-347-97298-8

Das Werk, einschließlich seiner Teile, ist urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlags und des Autors unzulässig.
Das gilt insbesondere für die elektronische oder sonstige Vervielfältigung,
Übersetzung, Verbreitung und öffentliche Zugänglichmachung.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte Bibliografische Daten sind im
Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Dieses Buch ist in tiefer Dankbarkeit allen gewidmet, die sich in den letzten Jahren furcht- und selbstlos für die Wahrheit, Gerechtigkeit und Menschlichkeit engagiert haben.

Wo ist das wahre Gesetz zu finden?

Die Antwort hierauf gibt folgender Text:

„[...] Sie saßen rund um Jesus und fragten ihn: »Meister, welches sind die Gesetze des Lebens? Weile länger bei uns und lehre uns. Wir möchten deinen Worten lauschen, damit wir geheilt und rechtschaffen werden.«

Und Jesus antwortete: »Sucht das Gesetz nicht in euren heiligen Schriften; denn das Leben ist das Gesetz, die Schrift jedoch ist tot. Wahrlich, ich sage euch, Moses empfing seine Gesetze von Gott nicht schriftlich, sondern durch das lebende Wort. Das Gesetz ist lebendiges Wort des lebendigen Gottes an lebendige Propheten für lebendige Menschen. In allem, was da lebt, steht das Gesetz geschrieben. Ihr findet es im Gras, im Baum, im Fluss, in den Bergen, in den Vögeln des Himmels, in den Fischen des Meeres; doch vor allem sucht es in euch selber. Denn wahrlich, ich sage euch, alles, was lebt, ist näher bei Gott als die Schrift, die ohne Leben ist. Gott schuf das Leben und alles, was da lebt, damit sie durch das ewig lebendige Wort dem Menschen die Gesetze der wahrhaften Gottheit lehren. Gott schrieb die Gesetze nicht in die Seiten der Bücher, sondern in euer Herz und in euren Geist. Sie sind in eurem Atem, eurem Blut, euren Knochen, in eurem Fleisch, euren Eingeweiden, euren Augen, euren Ohren, und in jedem winzigen Teilchen eures Leibes. Sie sind allgegenwärtig in der Luft, im Wasser, in der Erde, in den Pflanzen, in den Sonnenstrahlen, in den Tiefen und in den Höhen. Sie alle reden zu euch, damit ihr das Wort und den Willen der lebendigen Gottheit verstehtet. Doch ihr schließt eure Augen, damit ihr nicht sehet, und ihr schließt eure Ohren, damit ihr nicht höret. Wahrlich, ich sage euch, die heilige Schrift ist Menschenwerk; doch das Leben und alle seine Heerscharen sind das Werk unseres Gottes. Warum hört ihr nicht auf die Worte Gottes, die in seinen Werken geschrieben stehen? Und warum studiert ihr die toten Schriften, die das Werk von Menschenhänden sind?« [...]

Quelle:

Schriften der Essener / Das Friedens-Evangelium der Essener, Buch 1, von Dr. Edmond Bordeaux Székely

Vorwort

Schon in der Sitzungspause unmittelbar nach meinem mehrstündigen Plädoyer für Heinrich Habig am 27.6.2023 wurde ich von Prozessbeobachtern immer wieder darum gebeten, mein Plädoyer doch alsbald zu veröffentlichen.

Der gleiche Wunsch wurde dann auch von Menschen an mich herangetragen, die der öffentlichen Sitzung am 27.6.2023 nicht persönlich beiwohnen konnten, möglicherweise auch deshalb, weil der Sitzungssaal an diesem Tag bis auf den letzten Platz besetzt war.

Dieses sehr starke Interesse an meinem Schlussvortrag ist natürlich erfreulich. Es mag auch so sein, dass mein Vortrag viele wichtige Grundsatzfragen abgehandelt hat, die durch die Ereignisse seit März 2020 aufgeworfen worden sind.

Die kritische Auseinandersetzung mit diesen kritischen Grundsatzfragen dürfte in der Tat nicht nur für Ärzte und Patienten relevant sein, die dem Vorwurf ausgesetzt sind, ein unrichtiges Gesundheitszeugnis ausgestellt oder erhalten und verwendet zu haben. Bei diesem Personenkreis stellt sich in der Tat die dringend zu klärende Frage, ob und inwieweit sie sich auf Rechtfertigungsgründe wie die Notwehr oder auch Entschuldigungsgründe berufen können.

Nach meiner Erfahrung ist es unmöglich, auf solche rechtlichen Fragen eine angemessene Antwort zu finden, wenn man sich nicht zugleich vertieft mit Grundsatzfragen befasst, die nicht nur das Selbstverständnis eines Arztes, sondern vielmehr sogar das Selbstverständnis der gesamten Medizin und Rechtspflege betreffen.

Was ist Menschlichkeit?

Was ist Recht, wenn geschriebenes Recht zu Unrecht wird?

Was ist die Verantwortlichkeit eines Arztes?

Was ist mit der Verantwortung derer, die Ärzte gezielt in Interessenkonflikte getrieben haben.

Und viele Fragen mehr.

Die Grundsatzfragen, um die es hier geht, gehen also über die Interessen von Menschen, die strafrechtlicher Verfolgung ausgesetzt sind oder sein können, weit hinaus. Diese Fragen betreffen alle Menschen. In was für einer Welt wollen wir leben ... und welcher Welt mit Sicherheit nicht?

Einige Prozessbeobachter hatten den Eindruck, ich hätte sogar „alle“ wichtigen Fragen der letzten Jahre abgehandelt. Das ist im Rahmen eines Plädoyers gar nicht möglich und wäre auch nicht zielführend. Kein Richter würde einem Plädoyer folgen wollen, dass sich über mehrere Verhandlungstage erstreckt. Aber genau das wäre erforderlich, wenn man im Rahmen eines Plädoyers wirklich zu den wichtigsten Themen vortragen wollte.

Die massenmedial vorangetriebene und von massiver Zensur begleitete Propaganda der letzten Jahre hatte katastrophale Folgen für die Fähigkeit der Menschen, sich kritisch mit den offiziellen Narrativen der sog. Anti-Corona-Politiken auseinanderzusetzen.

Als Verteidiger habe ich wiederholt erlebt, dass diese massenmedial betriebene Dauer-Gehirnwäsche und Schockstrategie offensichtlich auch die Fähigkeit und Bereitschaft vieler Richter und Staatsanwälte negativ beeinflusst hat, die Berechtigung solche Narrative zu hinterfragen.

Deshalb ist eine, den jeweiligen Umständen angepasste Aufklärung der Richter oberstes Gebot, wenn der Erfolg der Verteidigung maßgeblich davon abhängt, dass die zur Entscheidung berufenen Richter die Fragwürdigkeit der sog. Anti-Corona-Maßnahmen und insbesondere auch der gesamten Covid-19-Injektions-Agenda der Politik erkennen können.

Ein Plädoyer ist stets einer konkreten Verfahrenssituation geschuldet und wird stets von zahlreichen taktischen und strategischen Motiven geprägt, die man während eines noch laufenden Verfahrens gar nicht alle offen legen kann.

In einem Plädoyer kann vieles, was im Rahmen einer schriftlichen Revisions- oder Berufungsbegründung im Detail auszuarbeiten ist, nur angedeutet werden. Und es kann sehr gute Gründe dafür geben, warum man ein Gericht in einem Plädoyer auf bestimmte Umstände – gerade auch Fehler, die absolute Revisionsgründe verkörpern – nicht einmal hinweist.

Wenn ich hiermit also dem vielfältig geäußerten Wunsch nachkomme, mein Plädoyer zu veröffentlichen, dann möge der Leser bitte beachten, dass der gesamte Inhalt eines Plädoyers, insbesondere die Art und Weise, wie es aufgebaut und sprachlich abgefasst wird, von zahlreichen Umständen abhängt.

Ein Plädoyer enthält keine „Fußnoten“. Dennoch habe ich für die Zwecke dieser Veröffentlichung eine Reihe von Quellen benannt, die meine Aussagen belegen.

Zudem habe ich in diese Veröffentlichung auch beide Anlagen zu meinem Plädoyer aufgenommen, obschon ich am 27.6.2023 „nur“ die Anlage II vollständig verlesen habe.

Der nachfolgende Text dürfte zu 95% dem entsprechen, was ich tatsächlich vor Gericht vorgetragen habe. An mehreren Stellen habe ich Formulierungen spontan abgeändert oder auch ergänzende Ausführungen gemacht. Solche Ergänzungen habe ich hier nicht eingearbeitet.

Wer gerne weitere Details, Fakten und Quellen lesen möchte, der wird sie auch in den Texten finden können, die ich auf meiner Homepage www.anwalt-schmitz.eu veröffentlicht habe.

Ich hoffe, dass die Menschen überall in der Welt – aber gerade auch in Deutschland – schon bald in eine neue Phase der Menschheitsgeschichte eintreten werden, in der der Zugang zu Recht und Rechtssicherheit für alle Menschen genauso selbstverständlich ist wie das freie Atmen und das

selbstbestimmte Leben in Gottes wunderbarer Schöpfung voller Friede und Freude.

Ggf. noch vorhandene Tippfehler mag man mir nachsehen.

Die Veröffentlichung des Buches vollzog sich gefühlt in kürzerer Frist.

Selfkant, 28.6.2023

Wilfried Schmitz, Rechtsanwalt

Mein Plädoyer vom 27.6.2023 in dem „abgetrennten“ Verfahren gegen den Arzt Heinrich-Karl Werner Habig vor dem Landgericht Aachen (AZ. 12 KLS-35 Js 540/22-6/23)

Teil I:

A)

Hohes Gericht,

Frau Staatsanwältin Dr. Linnenbank

meine Herren Kollegen Pflichtverteidiger,

lieber Heinrich,

I.

Ich nehme vorweg:

Ich muss und werde nicht wiederholen, was meine Vorredner, die Herren Pflichtverteidiger W. und H., hier schon zu Gunsten des Angeklagten ausgeführt und klargestellt haben.

Auf die Punkte, wo die Ansichten auseinandergehen, werde ich aber näher eingehen.

Vollkommen klar ist: Ein Geständnis, das Grundlage eines Deals war, der schließlich widerrufen wurde, ist von Gesetzes wegen nicht verwertbar.

Von daher war es in höchstem Maße manipulativ, wenn Frau Dr. Linnenbank das gegenstandslos gewordene Geständnis des Angeklagten noch einmal in Erinnerung gerufen hat. Denn dies kann nur dem Zweck gedient haben, es insbesondere noch einmal den Schöffen ins Gedächtnis zu rufen, damit die bloß nicht vergessen, was sie von Gesetzes wegen aus dem Gedächtnis streichen sollen.

Das war nur eine von vielen recht billigen Manipulationsversuchen von Frau Dr. Linnenbank, ich komme später darauf zurück.

Ich soll es mal mit „Mehrdenken“ versuchen? Die Empfehlung gebe ich gerne an Frau Dr. Linnenbank zurück, zumal ich bislang noch nicht erkennen konnte, dass sie in dieser Strafsache überhaupt schon mit dem Denken angefangen hat.

Nach so viel herzlichen Begrüßungsworten möchte ich hier einleitend hervorheben:

Ohne Zugang zum Recht ist der Mensch kein Mensch.

Deshalb hat alle Rechtspflege die Aufgabe, einem rechtssuchenden Menschen diesen Zugang zum Recht zu garantieren.

Wurde dem Angeklagten in diesem Verfahren bislang der Zugang zum Recht gewährt?

Für mich als Verteidiger war das nicht erkennbar.

Der ganze bisherige Verlauf der Hauptverhandlung hat nur darauf schließen lassen, dass die Richter dieser Kammer schon festgelegt sind.

Die Verteidigung kann niemanden überzeugen, der nicht einmal zuhören und entlastende Umstände zur Kenntnis nehmen will.

Warum also überhaupt noch plädieren? Auf ein Wunder hoffen? Weil hier (angeblich) jemand Zuspruch im „Lager der Querdenker“ sammeln möchte?

Primitive Unterstellungen wie diese beweisen nachdrücklich, dass Frau Dr. Linnenbank total faktenfrei Menschen diskreditieren kann.

Die anwesende kritische Öffentlichkeit hat längst erfasst, wie willkürlich und entwürdigend die Vertreter der StA Bochum nicht nur mit dem Angeklagten und seiner Ehefrau, sondern auch mit den Zeugen umgegangen sind.

Das Plädoyer der StA Bochum ist m.E. ein einziger Offenbarungseid, da es nicht nur jede differenzierte Würdigung des Sachverhalts vermissen ließ. Es hat sogar längst unbestreitbare Tatsachen pauschal dementiert und schließlich auch Einzelstrafen in den Raum gestellt, die weit jenseits des Vertretbaren liegen.

Dieses Plädoyer der StA Bochum hat m.E. nachdrücklich dokumentiert, dass die Kultur der Rechtspflege in diesem Land ihren absoluten Tiefpunkt erreicht hat.

Wenn man dann auch noch berücksichtigt, wie unwürdig die Zuschauer in diesem Verfahren behandelt worden sind, dann muss man sich schon fragen, wo wir in diesem Land mittlerweile angekommen sind.

II.

Eigentlich würde ich im Hinblick auf § 46 StGB am Ende des Plädoyers auch zumindest höchst vorsorglich darauf eingehen, was bei der Strafzumessung zu Gunsten des Angeklagten spricht:

Strafgesetzbuch (StGB)

§ 46 Grundsätze der Strafzumessung

(1) Die Schuld des Täters ist Grundlage für die Zumessung der Strafe. Die Wirkungen, die von der Strafe für das künftige Leben des Täters in der Gesellschaft zu erwarten sind, sind zu berücksichtigen.

(2) Bei der Zumessung wägt das Gericht die Umstände, die für und gegen den Täter sprechen, gegeneinander ab. **Dabei kommen namentlich in Betracht:**

die Beweggründe und die Ziele des Täters –

hier haben wir die edelsten: den Schaden begrenzen, Gesundheit und Leben von Menschen retten

die Gesinnung, die aus der Tat spricht, und der bei der Tat aufgewendete Wille, -

hier folgt die Gesinnung dem ärztlichen Berufsethos. Der Angeklagte hat so gehandelt, wie er gem. dem für Ärzte verbindlichen Ethos handeln musste

das Maß der Pflichtwidrigkeit, -

Eine Pflichtwidrigkeit gibt es hier auch nicht: der Angeklagte hat seine Pflichten als Arzt vorbildlich erfüllt, und das in einer Zeit, wo viele seiner Standeskollegen eklatant versagt haben

die Art der Ausführung und die verschuldeten Auswirkungen der Tat,

Ist denn wirklich schon klar, dass wir hier überhaupt eine Tat haben?

Wo ist der schlüssige und (!) belastbar verwertbare Beweis, dass er Angeklagte gar nicht geimpft hat und wen er konkret nicht geimpft hat? Gibt es den?

Es gab jedenfalls keine negativen Auswirkungen „der Tat“:

Zum Beweis der Behauptung, dass von den Ungeimpften bzw. von den Personen, die keine Covid-19-Injektionen erhalten haben, im Vergleich zu den einmalig oder mehrfach „Geimpften“ die geringsten Gefahren für Dritte ausgegangen sind, insbesondere auch deshalb, weil die Geimpften eine wesentlich höhere Viruslast als Ungeimpfte hatten, hatte ich die Ladung des sachverständigen Zeugen Prof. Dr. Werner Bergholz beantragt, und in der Antragsbegründung hierzu ausführlich dargelegt und belegt, warum diese Behauptung zutreffend ist und inwieweit sie sogar durch Studien belegt wird. Wenn das nicht als wahr unterstellt werden soll, dann hätte das aufgeklärt werden müssen, da dieser Gesichtspunkt nicht nur für die Strafzumessung,

sondern für die Frage der Rechtfertigung oder auch Entschuldigung des Angeklagten relevant wäre.

Auch sonst wurde niemand geschädigt, auch keine Krankenkasse oder private Krankenversicherung.

Ganz im Gegenteil: Hätte der Angeklagte die ihm vorgeworfenen Taten begangen, dann hätte er – wenn er z.B. 4.000 Personen keinem hochexperimentellen Experiment mit einer Gentherapie unterzogen hätte – mindestens 200 Personen vor schweren Nebenwirkungen bis hin zum Tod erspart (wenn wir mit Experten wie Prof. Bergholz und Dr. Hans-Joachim Kremer von einer Quote von 1 schwerer Nebenwirkung bei 20 Injektionen ausgehen)

Welche Umstände kommen nach § 46 StGB sonst noch in Betracht?

das Vorleben des Täters, seine persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse

– Das Vorleben des nicht vorbestraften Angeklagten, der ein liebevoller Vater und Großvater ist, war stets vorbildlich, seine wirtschaftlichen Verhältnisse wurden durch dieses Verfahren zerstört

sein Verhalten nach der Tat, besonders sein Bemühen, den Schaden wiedergutzumachen, sowie das Bemühen des Täters, einen Ausgleich mit dem Verletzten zu erreichen.

Nach den vorgeworfenen Taten war der Angeklagte in Haft. Schaden hat er gar nicht angerichtet, Verletzte gibt es nicht,

und in Haft hätte er auch gar keinen Schaden „wiedergutmachen“ können

Vielmehr wurde sein über mich bekundetes Interesse an angemessenen Verständigungsgesprächen, die endlich auch die ihn entlastende Momente berücksichtigen, und einem vernünftigen Deal von der Kammer vollständig ignoriert.

Der Angeklagte hat den ursprünglichen Deal platzen lassen. Allem Anschein nach sollte er schon alleine dafür bestraft werden. Die Prozessökonomie spielte fortan keine Rolle mehr. Jetzt galt es nur noch, das Belastungsprogramm der StA Bochum abzuarbeiten.

Ginge es also um solche Fragen der Strafzumessung, was spräche nicht alles konkret für den Angeklagten:

67 Jahre,

nicht vorbestraft, hat seine Berufspflichten immer vorbildlich erfüllt

hat eindeutig und offensichtlich altruistisch gehandelt, er hat sich nicht am Elend der Menschen in Not bereichert. Er wollte offensichtlich aufklären und helfen,

die hohen Belastungen, die mit den Ermittlungen und ihren Folgen verbunden waren,

Das Auftreten der Zeugen hier vor Gericht hat überdeutlich gezeigt, wie belastend die Ermittlungen auch für sie waren, insbesondere auf Grund Art und Weise, wie die Hausdurchsuchungen ausgeführt worden sind (6 Uhr, Drängen zu Geständnissen, Täuschungen etc.).

Einige Zeugen sind dadurch – für jeden erkennbar – stark traumatisiert worden, da sie ihre Angaben hier vor Gericht oft nur unter Tränen machen konnten.

Einige Zeugen wirkten dabei so stark angezählt, dass die Wahlverteidiger die Sorge hatten, diese Zeugen stehen unmittelbar vor einem Nervenzusammenbruch.

Einige Befragungen mussten deshalb auch abgebrochen werden, weil die Zeugen erkennbar nicht vernehmungsfähig waren.

Hinzu kommt die lange Dauer der U-Haft (seit Mitte Mai 2022), und dass, obschon evident keine Fluchtgefahr bestand bzw. besteht – dennoch hat die Kammer eine Beendigung der U-Haft nie auch ernsthaft erwogen. Einzige Ausnahme: der Angeklagte lässt sich auf einen Deal ein. Denn wer einen Deal eingeht, der will dann plötzlich nicht mehr fliehen, ist ja „logisch“.

Zu Gunsten des Angeklagten wären auch die einseitigen Berichte und Vorverurteilungen durch die Presse zu berücksichtigen. Muss ich Beispiele anführen? – die dürften dem erkennenden Gericht bekannt sein.

Diese Vorverurteilungen haben auch diesen Strafprozess geprägt, der Angeklagte hatte keinen fairen Prozess. Von allem Anfang an hatte ich den Eindruck, dass dieser Prozess so geführt wurde, dass nicht einmal der Anschein entstehen soll, die Bochumer Justiz könnte die Erwartungen der Politik und der ihr hörigen Mainstream-Presse ggf. nicht erfüllen. Schließlich hat sich das Recht den Erwartungen von Politik und inszenierter Medienmeinung zu beugen. Oder nicht?

Fair war dieses Verfahren auch deshalb nicht, weil der Verteidigung die Sitzungsprotokolle nicht herausgegeben wurden. Alles Weitere hierzu bleibt ebenfalls der Revisionsbegründung vorbehalten.

Schließlich wurde auch der Grundsatz der Öffentlichkeit verletzt:

Am 1. Verhandlungstag wurden von Zuschauern Ausweiskopien verlangt, es wurde eine zusätzliche Schleuse für Besucher dieses Prozesses installiert und aufrechterhalten,

Zuschauer wurden mit immer wieder mit kleinlichen Aussagen der Vors. Richterin zur Ordnung gerufen, z.B. selbst für das Führen von Gesprächen im nicht hörbaren Bereich, was schlicht ein Witz ist.

Hätte sich die Kammer je für die Person des Angeklagten interessiert, dann hätte sie erkannt, dass er niemand ist, der gemeinsam mit Kriminellen weggesperrt werden muss. – Vielmehr hätte man dem Angeklagten mit geeigneten Auflagen, etwa der, künftig keine Atteste oder Impfbescheinigungen mehr ausstellen zu dürfen, die Rückkehr ins Berufsleben ermöglichen können.

Der Angeklagte ist verheiratet, hat seine starken familiären Bindungen und Wurzeln in Deutschland, er käme schon wegen seiner Liebe zu seinen Enkeln nie auf Idee dieses Land zu verlassen, bloß unterstellt, er könnte eine „Flucht“ ohne Geld und Ausweisdokumente überhaupt realisieren

Der Angeklagte ist ein tiefgläubiger Mensch, falls das in dieser gottlosen Zeit noch was gilt.

Auf Grund seines Glaubens fühlt er sich als Mensch und Arzt nicht nur humanistischen Idealen verpflichtet. Auf Grund seiner christlichen Überzeugungen empfindet er es als seine selbstverständliche Pflicht, dem Schutz des Lebens den höchsten Stellenwert einzuräumen. Auch weiß er, dass wir alle irgendwann vor Gott Rechenschaft ablegen müssen.

III.

Aber welch ein Glück wir hier doch haben:

Hier können wir uns alle Erwägungen zur Strafzumessung sparen, denn die Handlungen, über die heute geurteilt werden soll, sind nicht nur allesamt gerechtfertigt.

Diese Handlungen erfüllen genau genommen nicht einmal den gesetzlichen Tatbestand der Normen, auf die sich die StA Bochum so selbstverständlich bezieht, nur weil einige Gerichte diesen Standpunkt unreflektiert vertreten.

Wie so vieles in den letzten Jahren unreflektiert vertreten worden ist.

Das RKI sagt dies und jenes, und da war für faktisch alle Gerichte schon Schluss mit der „Prüfung“ der Sachlage. So sah sie aus, die „Corona-Rechtsprechung“ in der Zeit ab April 2023. Mit fatalen Folgen.

B)

I.

Zunächst bekräftige ich abermals meinen

Protest gegen das Teilurteil, das jetzt verkündet werden soll.

Im Hinblick auf den Angeklagten sollen hier eben nicht verschiedene Verfahren i.S. von § 4 StPO getrennt werden - vielmehr soll der in der Anklageschrift niedergelegte einheitliche Lebenssachverhalt willkürlich auseinandergerissen werden.

1.

In der StPO findet bekanntlich ein gesonderter **prozessualer Tatbegriff** Anwendung, der in § 264 StPO normiert ist. **Unter einer Tat im prozessualen Sinne versteht man den einheitlichen, geschichtlichen Lebensvorgang, dessen Aufspaltung künstlich erschiene.**

Ob das hier angeklagte Tatgeschehen **eine** solche Tat im prozessualen Sinne darstellt, das wird in der Revision zu vertiefen sein.

Die Anklageschrift möchte von 612 „selbständigen“ Handlungen ausgehen. Aber selbst die StA Bochum geht davon aus, dass alle Einzelhandlungen des Angeklagten auf einem vorausgegangen bzw. einheitlichen Tatentschluss beruhen.

~~Folglich wird man hier sogar darüber nachdenken dürfen, ob die einzelnen Handlungen des Angeklagten, da sie ja auf einem „Gesamtplan“ beruhen sollen, eine „Bewertungseinheit“ und somit „eine“ Tat im Rechtssinne oder auch – trotz der Kehrtwende durch den Beschluss des GrSen vom 3.5.1994 (BGH 40, 138) – ausnahmsweise gem. der Rechtsfigur der „fortgesetzten Handlung“ behandelt werden müssen.~~

Wie dem auch sei: Durch die Abtrennung eines Teils des angeklagten Tatsachenstoffs wird ein Lebenssachverhalt auseinandergerissen, der nur in seiner Gesamtheit gewürdigt werden kann.

2.

Unabhängig davon sind die einzelnen Fälle der Zeugen jedenfalls keine eigenständigen rechtshängigen „Strafsachen“ i.S. des § 4 StPO.

Wir haben es hier nicht mit „verschiedenen“ „Strafsachen“ i.S. des § 4 StPO zu tun.

3.

Schließlich gilt nach ständiger BGH-Rechtsprechung:

„Die Strafprozessordnung kennt grundsätzlich keine Teil- oder Zwischenurteile, durch die einzelne, denselben Prozessgegenstand betreffende Fragen vorab entschieden oder einzelne Rechtsfolgen gesondert abgeurteilt werden. Regelmäßig muss im Strafverfahren eine einheitliche, abschließende

Entscheidung ergehen, durch die der Prozessstoff erschöpfend erledigt wird. Dem strafprozessualen Rechtsmittelrecht ist allerdings eine Teilerledigung nicht völlig fremd.“ (vgl. BGH 4 StR 85/03 - Urteil vom 6. Juli 2004, im Volltext abrufbar unter: <https://www.hrr-strafrecht.de>)

Es ist also vollkommen irrelevant, wenn irgendein StPO-Kommentar in dieser Frage exklusiv eine andere Auffassung vertritt.

Glaubt die erkennende Kammer denn wirklich, dass der BGH eine solche Vorgehensweise durchgehen lässt? Oder wurde das schon vorab so abgestimmt?

Wir werden ja sehen, was der BGH dazu sagen wird.

4.

Auch wurde vergessen, dass wir hier 2 Angeklagte haben.

Die mitangeklagte Fatima Habig soll dem Angeklagten auch zu diesen 207 abgetrennten Fällen Beihilfe geleistet haben, aber man hat sie durch die Abtrennung der Möglichkeit beraubt, sich zu diesen 207 Fällen zu verteidigen und hierzu zu plädieren (= absoluter Revisionsgrund i.S. von § 338 Nr. 5 StPO).

5.

Schließlich ist ein Teilurteil hier auch deshalb absurd, weil viele Beweisfragen, die für die Würdigung aller Zeugenaussagen und (!!) Handlungen von zentraler Bedeutung sind, sind aktuell noch gar nicht aufgeklärt worden, nicht einmal ansatzweise.

- Ich erwähne nur 3 Beispiele

a)

Ist der negative Antikörpertest ein Beweis für eine Nichtimpfung?

Diese Frage ist hier von zentraler Bedeutung, denn mit dieser Lüge wurden hier alle Zeugen getäuscht, damit sie sich geständig einlassen.

Bildet sich Frau Dr. Linnenbank wirklich ein, dass auch nur ein einziger Zeuge, der mit dieser Lüge konfrontiert worden ist, eine geständige Einlassung gemacht hätte, wenn er diese Lüge sofort als solche erkannt hätte?

Es ist evident, dass im Rahmen der Hausdurchsuchungen deshalb regelmäßig so massiver Druck auf die Zeugen ausgeübt worden ist, weil die StA Bochum genau wusste, dass dieser Antikörpertest letztlich nichts taugt und der einzige

Weg zur Überführung der Zeugen darin besteht, diese möglichst schnell zu einem Geständnis zu veranlassen.

Auf der Basis eines solchen Geständnisses würden sich die meisten Verfahren dann auch schnell durch Einstellung gegen Zahlung einer Geldauflage erledigen lassen, so dass die Zeugen in diesem Prozess gegen den Angeklagten kein Schweigerecht mehr hätten.

b)

Sind die Covid-19-mRNA-Injektionen überhaupt wirksam?

Auch diese Frage ist von zentraler Bedeutung, denn eine Injektionslösung, die nicht wirkt, kann auch keine Antikörper bilden.

Kein Mensch auf diesem Planeten behauptet noch eine 100%ige Wirksamkeit dieser Injektionen. Ganz im Gegenteil. Ich werde nachher noch erklären wie die Realität – auch aus der Sicht der Hersteller - in Wahrheit beschaffen ist.

Die Zeugen wurden also auch dadurch über die Aussagekraft eines Antikörpertests getäuscht, dass ihnen letztlich eine 100%ige Wirksamkeit dieser Injektionen suggeriert wurde.

c)

Sind die Covid19-Injektionen mit erheblichen Gefahren für Leben und Gesundheit aller Menschen verbunden?

Auch diese Frage ist von zentraler Bedeutung für dieses Verfahren, da Leben und Gesundheit aller Menschen – auch der Zeugen – durch die Nötigung zu diesen Injektionen ganz real bedroht worden ist.

Entweder man ließ sich auf ein russisches Roulette mit diesen hochexperimentellen und lebensgefährlichen Injektionen ein, oder man musste weiterhin mit massiven Angriffen auf seine Grundrechte und Freiheiten, insbesondere seine Menschenwürde leben.

Auf diese Frage war ab Anfang 2021 das Schicksal aller Menschen in diesem Land reduziert.

II.

Bevor ich meine rechtlichen Ausführungen vertiefe, einleitend noch ein Wort zum Versagen der sog. Mainstream-Medien, deren Vertreter ja ggf. heute zugegen sind, falls sie keine Angst haben, dass sie hier etwas hören könnten, was ihr Narrativ gehörig durcheinanderbringt.

Erst haben die sog. Mainstream-Medien, allen voran die öffentlich-rechtlichen Sender, ab März 2020 die Angst der Menschen vor dem Coronavirus geschürt,

(diese Form der Schockstrategie ist schon lange bekannt – **Buch von Naomi Klein hochhalten**)

dann haben sie für diese Covid-19-Injektionen auf Teufel komm raus geworben, selbst dann noch, als ab **spätestens März 2021** unzählige Warnsignale bekannt wurden,
und noch viel schlimmer: sie haben auch noch regelrecht gegen Ungeimpfte gehetzt,

Eine Sammlung solcher Polemiken, die Legion sind und teilweise einen geradezu volksverhetzerischen Ton hatten, findet sich u.a. auf der Webseite „**Ich habe mitgemacht**“, abrufbar unter:

<http://ich-habe-mitgemacht.de/liste/nach-id.html>

Lesenswert ist auch das Buch „**Möge die gesamte Republik mit dem Finger auf sie zeigen.**“ der Autoren Marcus Klöckner und Jens Wernicke.

Dann haben diese Medienmacher ca. 1 Jahr lang die schweren Nebenwirkungen verschwiegen, die spätestens ab Frühjahr 2021 bekannt waren,

und wollen sie dem ganzen Versagen auch jetzt noch – Juni 2023 - dadurch die Krone aufsetzen, dass noch Ärzte wie den Angeklagten in die Pfanne hauen?

Die hier anwesenden Vertreter der lokalen Medien und der Mainstream-Medien, die sich an dieser unverantwortlichen Schock-Strategie und Pharma-Lobby-Arbeit beteiligt haben, haben sich für alle Zeiten disqualifiziert, um auf irgend jemandem mit dem Finger zu zeigen.

Das gilt erst recht für den Umgang mit dem Angeklagten, der sich bewährt hat, als die Medien komplett versagt und zu bloßen Big-Pharma-Propagandahelfern verkommen sind.

Ich glaube nicht, dass die Medien, die sich nur allzu bereitwillig auf die Funktion eines Propagandahelfers haben reduzieren lassen, authentisch über diesen Fall berichten können, selbst wenn sie wollten:

Denn wenn ihre Leser und Zuschauer alles erfahren würden, was schon auch hier in diesem Strafverfahren schon zur Sprache gekommen ist, was freilich nur ein Teilausschnitt ist zu dem, was im Wehrbeschwerdeverfahren vor dem BVerwG gegen die Covid-19-Duldungspflicht der Soldaten vorgetragen worden ist...

dann würden die Menschen ja erfahren, dass sie seit März 2020 systematisch desinformiert, getäuscht, belogen und betrogen worden sind, und das mit katastrophalen Folgen für ihre Familien und sie selbst.

Zudem ist es längst kein Geheimnis mehr, dass sich die Regionalpresse nicht nur regelmäßig mit Kritik an ihren Justizbehörden zurückhält. Die Regionalpresse druckt erfahrungsgemäß nur genau das ab, was die Justizbehörden lesen wollen.

Mit anderen Worten: Wer wissen will, wie die StA Bochum denkt, der braucht nur die hiesige Regionalpresse zu diesem Verfahren zu studieren. Denn woher sonst hat die Regionalpresse ihre Informationen, wenn sie nicht ständig einen Vertreter im Gerichtssaal hat?

Und hätte sie ihre Informationen von mir, dann würde sie nicht so einseitig, d.h. aus der Perspektive der Justizbehörden über diesen Fall berichten.

III.

1.

Dann wollen wir uns mal die in der Anklageschrift in Bezug genommenen Normen des StGB und des IfSG ansehen, als da wären:

§ 278 StGB und die §§ 73, 74 IfSG

Auf § 303 StGB gehe ich hier nicht ein, denn dass diese Norm hier überhaupt noch in die Anklage einbezogen worden ist, ist einfach nur peinlich. Sowas stellt man hier doch nach § 154 a StPO ein.

Ist das wirklich so selbstverständlich, dass die Tatbestände dieser Normen erfüllt sind?

Frau Dr. Linnenbank wünscht sich „Mehrdenken“, zeigt aber auch insofern, dass sie selbst noch nicht einmal mit dem kritischen Denken angefangen hat.

Ohne sachverständige Aufklärung sollte man nicht einfach von anderen Gerichten abschreiben, die selbst auch nichts sachverständig aufgeklärt haben.

a)

§§ 278 Abs. 1, Abs. 2 S. 2 Var. 1 StGB

§ 278 Ausstellen unrichtiger Gesundheitszeugnisse

(1) Wer zur Täuschung im Rechtsverkehr als Arzt oder andere approbierte Medizinalperson ein **unrichtiges Zeugnis über den Gesundheitszustand eines Menschen ausstellt**, wird mit Freiheitsstrafe **bis zu zwei Jahren** oder mit Geldstrafe bestraft.

(2) **In besonders schweren Fällen** ist die Strafe Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren.

Ein besonders schwerer Fall liegt in der Regel vor, **wenn der Täter gewerbsmäßig** oder als Mitglied einer Bande, die sich zur fortgesetzten Begehung von unrichtigem Ausstellen von Gesundheitszeugnissen verbunden hat, **Impfnachweise oder Testzertifikate** betreffend übertragbare Krankheiten **unrichtig ausstellt**.

Ein **Impfpass** mag ein „**Zeugnis über den Gesundheitszustand eines Menschen**“ sein, aber die Rechtsprechung hat sich – soweit ersichtlich - bislang noch nicht ansatzweise mit der Frage befasst, was denn die rechtswidrige Verabreichung eines biowaffenfähigen, negativ wirksamen Gentherapeutikums in Form einer mRNA-Injektion an einen Menschen überhaupt in einem „Impfpass“ bzw. „Gesundheitszeugnis“ zu suchen hat.

Kurz: Was weder tatsächlich noch rechtlich gesehen eine „Impfung“ – und schon gar keine „Schutz“-Impfung ist – hat in einem „Gesundheitszeugnis“ oder einem Impfpass ohnehin nichts zu suchen.

„Unrichtig“ ist lediglich, dass solche biowaffenfähigen Gentherapeutika auch noch dreist als „Schutzimpfung“ ausgegeben werden und etwas über den **Gesundheits**zustand bzw. den Impfstatus eines Menschen aussagen sollen. Das ist eine Lüge.

b)

Die Gewerbsmäßigkeit § 278 Abs. 2 S. 2 Var. 1 StGB, die hier ohnehin nicht vorliegt – **ich komme gleich darauf zurück** – nimmt ebenfalls ausdrücklich auf das Ausstellen von „**Impfnachweisen**“ Bezug.

Nochmals:

Ein biowaffenfähiges Gentherapeutikum ist keine Impfung, ihre Dokumentation in einem „Impfpass“ kann also niemals ein „Impfnachweis“ sein.

In § 22 IfSG heißt es:

(1) Die zur Durchführung von **Schutzimpfungen** berechnigte Person hat jede **Schutzimpfung** unverzüglich in einem **Impfausweis** oder, falls der Impfausweis nicht vorgelegt wird, in einer Impfbescheinigung zu dokumentieren (**Impfdokumentation**).

(2) Die Impfdokumentation muss zu jeder Schutzimpfung folgende Angaben enthalten:

1.

Datum der **Schutzimpfung**, ...(usw.)

§ 22 IfSG stellt somit ebenfalls klar, dass nur eine „Schutzimpfung“ in einem „**Impfausweis**“ dokumentiert werden darf.

Was keine „Schutzimpfung“ in diesem Sinne ist, hat in einem Impfausweis also nichts zu suchen.

„Unrichtig“ i.S. des § 278 StGB könnte folglich die Eintragung einer – tatsächlich nicht erfolgten - „**Schutzimpfung**“ in einem Impfpass sein.

Also ist zwingend zu klären, ob die Covid-19-Injektionen überhaupt eine „Schutzimpfung“ in diesem Sinne sein können.

Also hätte im Rahmen dieses Strafverfahrens auch von Amts wegen geklärt werden müssen:

Haben die Covid-19-mRNA-Injektionen Biowaffenqualität?

Kann eine Biowaffe eine „Schutz-„Impfung sein?

Kann eine Biowaffe wirklich dem „Ziel“ dienen, einen Menschen vor irgendetwas zu schützen?

Haben die Covid-19-Injektionen – unabhängig von ihrer Qualifizierung als Biowaffe – überhaupt irgendeine relevante Schutzwirkung?

Sind die mRNA-Injektionen in Wahrheit keine „Impfung“, sondern Gentherapeutika?

Wenn wir es bei den Covid-19-Injektionen mit einer „Biowaffe“ zu tun haben:

Wer bildet sich denn ein, dass er den Menschen auf Dauer den Wahnsinn, dass eine Biowaffe eine „Schutzimpfung“ ist, als Wahrheit verkaufen kann?

Dass die mRNA-Injektionen Biowaffenqualität haben, dazu wurde Frau Prof. Ulrike Kämmerer als sachverständige Zeugin benannt, da diese Expertin bereits den Mut hat, diese Wahrheit öffentlich auszusprechen und zu begründen.

Aber für solche Fragen interessiert sich die Kammer ja nicht, wodurch sie den Anschein erweckt, dass sie politischen Vorgaben zu gehorchen hat. Die Amtsaufklärungspflicht hat offenbar da ihre Grenzen, wo offizielle Narrative der Politik nicht hinterfragt werden dürfen.

Mit einem Wort:

Wenn man es genau nimmt – und wenn es um die Würdigung von Straftatbeständen und Existenz eines Menschen geht, dann müssen wir es sehr genau nehmen – dann sind hier schon die in der Anklageschrift in Bezug genommenen Tatbestände des StGB nicht erfüllt.

Gem. Art. 103 Abs. 2 GG gilt aber: Keine Strafe ohne Gesetz.

Das gilt auch dann, wenn man Ärzte gerne bestrafen würde, wenn sie im Verdacht stehen, unrichtige Impfnachweise auszustellen.

Über diese Fragen kann man nur dann unreflektiert hinweggehen, wenn man sich das Denken abgewöhnt hat.

c)

Auch in den von der Anklage erwähnten Bestimmungen des IfSG ist nur von „Schutzimpfung“ die Rede.

§ 73 Abs. 1 a Nr. 8 IfSG

(1a) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig

entgegen § 22 Absatz 1 **eine Schutzimpfung** nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig dokumentiert,

d)

§ 74 Abs. 2 IfSG

(2) Mit Freiheitsstrafe **bis zu zwei Jahren** oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer eine in § 73 Absatz 1a Nummer 8 bezeichnete Handlung begeht, indem er wissentlich eine **Schutzimpfung** gegen das Coronavirus SARS-CoV-2 zur Täuschung im Rechtsverkehr nicht richtig dokumentiert.

Auch aus § 2 Nr. 9 IfSG ergibt sich nichts anders.

Ganz im Gegenteil:

§ 2 Nr. 9 IfSG lautet:

Im Sinne des Gesetzes ist „Schutzimpfung“ „die Gabe eines Impfstoffes mit dem Ziel, vor einer übertragbaren Krankheit zu schützen.“

Mittlerweile weiß wirklich alle Welt und musste mittlerweile auch vom RKI und vom Bundesgesundheitsminister eingeräumt werden, dass diese Covid-19-Injektionen gerade nicht vor einer übertragbaren Krankheit schützen. Ich komme noch darauf zurück.

Und dass ausgerechnet ein Gentherapeutikum mit Biowaffenqualität vor einer übertragbaren Krankheit „schützen“ soll, ist m.E. einer der größten, aber auch schlechtesten Treppenwitze der Geschichte.